



Geschäftsbericht 2013
Badische Rechtsschutzversicherung AG

BADISCHE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG AG

/ Auf einen Blick

	2013	2012	2011	2010	2009
VERSICHERUNGSVERTRÄGE	170.576	169.698	165.481	159.142	152.645
GEBUCHTE BEITRÄGE (in Tsd. EUR)					
brutto	18.042	17.875	17.411	16.389	15.597
f. e. R.	12.631	12.514	12.191	11.466	10.918
GEMELDETE SCHÄDEN	28.927	28.544	29.080	28.845	27.011
AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE f. e. R. (in Tsd. EUR)	10.532	9.550	10.646	9.899	9.572
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	83,7	77,1	89,1	88,6	89,7
AUFWENDUNGEN FÜR DEN VERSICHERUNGSBETRIEB f. e. R. (in Tsd. EUR)	1.407	1.320	1.226	1.095	981
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	11,1	10,6	10,1	9,5	9,0
JAHRESÜBERSCHUSS (in Tsd. EUR)	620	641	814	895	804
KAPITALANLAGEN (in Tsd. EUR)	39.639	38.775	37.835	35.520	33.207
LFD. DURCHSCHNITTSVERZINSUNG DER KAPITALANLAGEN (%)	3,0	3,0	3,5	3,9	4,2
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN f. e. R. (in Tsd. EUR)	32.371	30.933	28.878	27.166	25.414
BILANZSUMME (in Tsd. EUR)	44.648	42.436	40.579	37.883	35.001
EIGENKAPITAL (in Tsd. EUR)	9.923	9.403	9.062	8.548	7.550
in % der gebuchten Beiträge f. e. R.	78,6	75,1	74,3	74,6	69,2

LAGEBERICHT

/ Allgemeine Angaben

Erste Kernkompetenz der Badischen Rechtsschutzversicherung AG ist Rechtsschutz und Dienstleistung „Rund ums Recht“ für Privatkunden in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Grundlage der „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)“ erstreckt sich unser Angebot auf alle dort aufgeführten Versicherungsarten.

Zweite Kernkompetenz ist die Versicherung von Städten und Gemeinden, Landkreisen, Zweckverbänden und sonstigen kommunalen Einrichtungen in Baden auf der Basis der „Bedingungen für die Kommunal-Rechtsschutzversicherung für Kommunen.“

Mit der Spezial-Straf-Rechtsschutzversicherung wird unsere Angebotspalette abgerundet. Des Weiteren nutzen wir unser Know-how in der Schadenbearbeitung, indem wir auch als Schadenabwicklungsunternehmen tätig sind.

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG IN DER RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

Bei den Vertragsstückzahlen verzeichnet die Branche ein leichtes Wachstum von 0,9 %. Die Bruttobeitragseinnahmen sind um 1,1 % angestiegen.

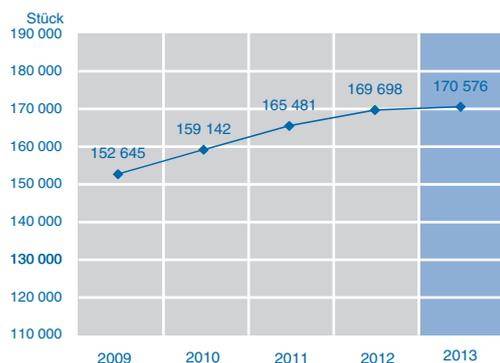
Im Schadenbereich hat sich der positive Trend des Vorjahres leider nicht fortgesetzt. So ist die Anzahl der gemeldeten Schäden gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % angestiegen und der Schadenaufwand hat insgesamt um 3,6 % zugenommen. Dies ist sowohl auf die Gebührenerhöhungen aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz als auch auf eine zunehmend verbraucherfreundlichere Auslegung der Bedingungswerke durch die Rechtsprechung, insbesondere den BGH zurückzuführen.

Auf den Arbeitsrechtsschutz entfällt mit 35,2% nach wie vor der größte Anteil bei den Schadenleistungen.

/ Bericht über den Geschäftsverlauf 2013

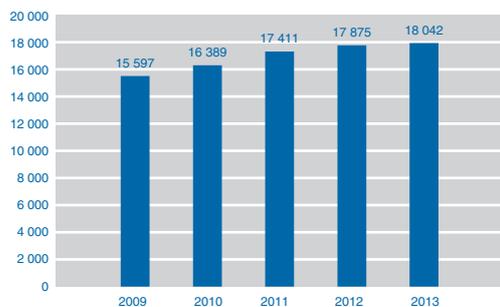
Vor dem Hintergrund eines verschärften Wettbewerbs und einer verhaltenen Nachfrage nach Rechtsschutzprodukten hat sich das Wachstum der Badischen Rechtsschutzversicherung AG im Geschäftsjahr 2013 verlangsamt. Die Anzahl der mindestens einjährigen Verträge erhöhte sich im Berichtsjahr von 169.698 Stück auf 170.576 Stück. Dies entspricht einer Zuwachsrate von 0,5 % nach 2,5 % im Vorjahr.

ENTWICKLUNG DER VERTRAGSSTÜCKZAHLEN



Die Bruttobeiträge sind im Geschäftsjahr 2013 von 17.875 Tsd. EUR um 0,9 % auf 18.042 Tsd. EUR angestiegen. Da im Berichtsjahr keine Beitragsanpassung erfolgt ist, stützt sich dieser Anstieg auf das Neugeschäft.

ENTWICKLUNG DER BRUTTOBEITRÄGE IN DEN LETZTEN FÜNF JAHREN IN TSD. EUR



Die Bruttoaufwendungen für Geschäftsjahresschäden sind im Berichtsjahr auf 18.292 Tsd. EUR (i. V. 15.864 Tsd. EUR) angewachsen. Ursächlich hierfür war neben dem erhöhten Schadenbedarf für Kapitalanlagerechts- und Arzthaftungsfälle das Zweite Kostenrechtsmodernisierungsgesetz, das zum 1. August 2013 in Kraft getreten ist. Hierdurch wurden die Rechtsanwalts- und Gerichtsgebühren sowie Gebühren für Sachverständige drastisch erhöht.

Dank eines sehr guten Abwicklungsergebnisses konnte der gestiegene Geschäftsjahresaufwand teilweise kompensiert werden und die gesamten Aufwendungen für Versicherungsfälle erreichten somit ein Volumen von 14.367 Tsd. EUR nach 12.987 Tsd. EUR im Vorjahr.

Die Anzahl der im Geschäftsjahr 2013 gemeldeten Schäden betrug 28.927 Stück (i. V. 28.544 Stück). Die Brutto-Gesamtschadenquote betrug 80,0 % (i. V. 73,4 %) und spiegelt den erhöhten Gesamtschadenaufwand zu den verdienten Bruttobeiträgen wieder.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die im Wesentlichen die Aufwendungen für den Vertragsabschluss und für die Verwaltungstätigkeit darstellen, erhöhten sich im Berichtszeitraum um 99 Tsd. EUR auf 2.760 Tsd. EUR (i. V. 2.661 Tsd. EUR).

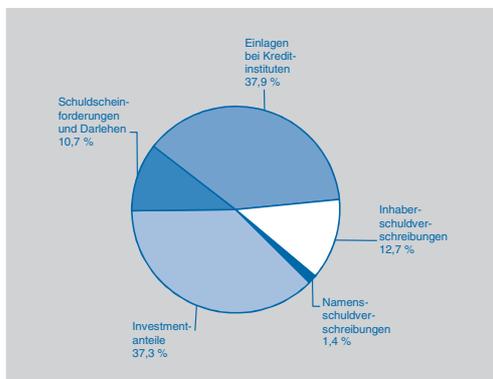
Der Nettokostensatz belief sich auf 11,1 % (i. V. 10,6 %).

Das versicherungstechnische Nettoergebnis erbrachte im Geschäftsjahr 2013 einen Gewinn in Höhe von 655 Tsd. EUR (i. V. 1.525 Tsd. EUR). Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Schwankungsrückstellung mit einer Zuführung in Höhe von 662 Tsd. EUR ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust von 7 Tsd. EUR (i. V. 61 Tsd. EUR Überschuss).

Die Netto-Combined-Ratio stieg im Geschäftsjahr von 87,8 % auf 94,9 % an.

Die Kapitalanlagen sind um 864 Tsd. EUR auf 39.639 Tsd. EUR (i. V. 38.775 Tsd. EUR) angestiegen. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen erreichte mit 1.166 Tsd. EUR nahezu das Vorjahresniveau von 1.167 Tsd. EUR. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt sind wir mit der erreichten laufenden Durchschnittsverzinsung in Höhe von 3,0 % (i. V. 3,0 %) zufrieden.

ZUSAMMENSETZUNG DER KAPITALANLAGEN:



Unter Berücksichtigung des versicherungstechnischen Ergebnisses von -7 Tsd. EUR (i. V. 61 Tsd. EUR) und des nichtversicherungstechnischen Ergebnisses von 867 Tsd. EUR (i. V. 899 Tsd. EUR) weisen wir ein positives Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 860 Tsd. EUR (i. V. 960 Tsd. EUR) aus.

Nach Abzug des Steueraufwands von 240 Tsd. EUR erzielten wir einen Jahresüberschuss von 620 Tsd. EUR (i. V. 641 Tsd. EUR).

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 474 Tsd. EUR sowie der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 300 Tsd. EUR belief sich der Bilanzgewinn auf 794 Tsd. EUR (i. V. 874 Tsd. EUR).

/ Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

RISIKOBERICHT

Unter Risikomanagement verstehen wir die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risiko(früh)erkennung und zum Umgang mit den Risiken, die aus unserem unternehmerischen Handeln resultieren. Risiko definieren wir als Gefahr, dass die Badische Rechtsschutzversicherung AG ihre gesetzten Ziele nicht erreichen bzw. ihre Strategien nicht erfolgreich umsetzen kann. Risikocontrolling ist Bestandteil des Risikomanagements und beinhaltet die Erfassung, Analyse, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung getroffener Maßnahmen zur Risikosteuerung.

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS

Für unsere Gesellschaft ist die bewusste Steuerung und Überwachung von Risiken eine Kernaufgabe der Vorstände, aber auch die Aufgabe sämtlicher Fach- und Führungskräfte. Das Risikomanagementsystem mit seiner Frühwarnfunktion unterstützt sie dabei.

Unser Risikomanagement konzentriert sich auf solche Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können. Es entspricht den Anforderungen des KonTraG (§ 91 Abs. 2 AktG) und setzt die Mindestanforderungen an das Risikomanagement MaRisk (VA) in Verbindung mit § 64a VAG um.

Durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements setzen wir die externen Vorgaben um und bereiten uns gleichzeitig auf weitere Veränderungen aus dem Projekt „Solvency II“ der Europäischen Kommission vor. Um sicherzustellen, dass wir uns gezielt auf die Solvency II Anforderungen einstellen, wurde eine detaillierte Soll-/ Ist-Analyse durchgeführt, ein entsprechender Maßnahmenplan abgeleitet und ein konzernweites Projekt zur Umsetzung der zukünftigen Berichts- und Meldeanforderungen durchgeführt. Diese Vorgehensweise ermöglicht es uns, die Anforderungen von Solvency II in unserem Risikomanagement- und Governance-System zu berücksichtigen.

Das Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften hinaus. Unser Risikomanagement zielt darauf ab, unsere Finanzkraft zu sichern und die Entscheidungsträger bei der Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur und möchten durch eine effiziente Risikoorganisation sowie adäquate Risikoinstrumente und -verfahren Mehrwert schaffen. Der strategische Rahmen für unser Risikomanagement und unsere risikopolitische Ausrichtung ist in der Risikostrategie verankert. Abgeleitet aus der übergeordneten Geschäftsstrategie beschreibt sie Art und Umfang der wesentlichen Risiken im Unternehmen. Sie definiert Ziele, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit eingegangenen oder zukünftigen Risiken. Durch die organisatorische und prozessuale Verzahnung von Unternehmensplanung und Risikomanagement ist die Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete und unternehmenssteuerungsrelevante Beurteilung der eigenen Risiken geschaffen. Mit Hilfe der Unternehmensziele und den aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahreszielen wird sichergestellt, dass die Zielvorstellungen umgesetzt und damit die Chancen der Badischen Rechtsschutzversicherung AG wahrgenommen werden. Grundsätzlich wird dabei eine angemessene Balance zwischen der Wahrnehmung von Geschäftschancen und dem Eingehen

von Risiken angestrebt, wobei die Sicherung des Unternehmensfortbestands stets im Vordergrund steht. Bestandsgefährdende oder unkalkulierbare Risiken werden nicht eingegangen.

Ergänzend zur Risikostrategie haben wir im Risikohandbuch Leitlinien für das Risikomanagement sowie Standards für dessen organisatorische Ausgestaltung festgelegt.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS UND -ORGANISATION

Unser Risikomanagementsystem zeigt entsprechend den aktuellen Vorschriften sowohl zentrale als auch dezentrale Ausprägungen. Das dem Vorstand berichtspflichtige zentrale Risikomanagement ist für die Konzeption und die permanente Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die bereichsübergreifende Steuerung der Risiken und Koordination des Risikomanagementprozesses zuständig.

Im Rahmen der festgelegten Risikostrategien und Leitlinien steuern die dezentralen Risikomanager der Badischen Rechtsschutzversicherung AG und die Leiter der Fachbereiche der BGV-Versicherung AG, soweit sie ausgegliederte Funktionen für uns wahrnehmen, die Risiken eigenverantwortlich. Durch die personelle und organisatorische Trennung von risikoverantwortenden und risikoüberwachenden Einheiten setzen wir das Prinzip der Funktionstrennung konsequent um. Der Risikomanagementprozess ist in den einzelnen Fachabteilungen und Funktionsbereichen als laufender Prozess angelegt. Er basiert auf der Risikostrategie und umfasst in einem iterativen Regelkreislauf die Hauptbestandteile Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung sowie Risikoberichterstattung.

Im Rahmen der Risikoidentifikation erfassen, aktualisieren und dokumentieren wir eingegangene oder potenzielle Risiken regelmäßig. Die erkannten Risiken werden anhand von Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit beurteilt. Hierzu gehört auch die Einschätzung, ob Einzelrisiken, die isoliert betrachtet von nachrangiger Bedeutung sind, in ihrem Zusammenwirken oder durch Kumulation im Zeitverlauf wesentlichen Charakter annehmen können. Mit Hilfe regelmäßig stattfindender Befragungen sämtlicher Fachbereiche über alle vorhandenen und latenten Risiken erfolgt eine Verdichtung der Einzelrisiken zu Risikokategorien und danach zu einer Bewertung der Gesamtrisikosituation im Rahmen der internen Risikoberichterstattung.

Die Risikosteuerung und -überwachung wird mit Hilfe eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und Limitsystems unterstützt. Limite werden für alle mit dem Standardansatz quantifizierten Risiken vergeben, deren Einhaltung sowie die ausreichende Bedeckung mit Eigenmitteln wird regelmäßig überwacht und dem Vorstand berichtet.

Die Risikoanalyse bestätigte, dass die sich für den Versicherungsbetrieb ergebenden Risiken durch das Risikomanagementsystem wirksam kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Risikosituation der Badischen Rechtsschutzversicherung AG stellt sich zum Ende des Jahres 2013 wie folgt dar:

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN

Die versicherungstechnischen Risiken setzen sich zusammen aus:

- dem Prämien-/Schadenrisiko, d. h. dem Risiko, dass die kalkulierten Tarife sich als unaukömmlich herausstellen könnten, wodurch der Risikoausgleich im Kollektiv scheitert. Dies wäre dann der Fall, wenn die Schadenzahlungen höher sind als ursprünglich zu erwarten war oder Irrtümer bei der Schätzung der Schadenhäufigkeit oder -höhe auftreten, ohne dass eine rechtzeitige Anpassung der Beiträge und Versicherungsbedingungen möglich ist (Zufalls-, Änderungs- und Irrtumsrisiko);
- dem Reserverisiko, d. h. dem Risiko, dass die zu leistenden Schadenzahlungen höher sein könnten als die zum Zeitpunkt der Schadenmeldung erwarteten und dafür zurückgestellten Beträge. Als Folge einer solchen Entwicklung könnten Abwicklungsverluste entstehen.

Diese Risiken wurden auch im Jahr 2013 fachgerecht bewertet und durch unterschiedliche Risikovorsorgemaßnahmen begrenzt. Unter anderem trugen bedingungsgemäße Risikobegrenzungen, Annahmerichtlinien, eine vorsichtige Tarifierungspolitik sowie angemessene Schadenrückstellungen dazu bei, diese Risiken transparent und kalkulierbar zu machen. Darüber hinaus wurde über die Bestimmung der Marktwertrückstellungen die Reservesituation aktuariell überprüft. In 2013 ergab sich hierdurch kein Bedarf einer Änderung des Reservierungsverhaltens. Ein permanentes Schadencontrolling zeigt zudem frühzeitig negative Entwicklungen auf.

Durch einen Rückversicherungsvertrag mit dem Konzernunternehmen BGV-Versicherung AG wird das versicherungstechnische Risiko zusätzlich reduziert.

Im Bereich der versicherungstechnischen Risiken wird unter anderem die langfristige Entwicklung der Nettoschaden- und Nettoabwicklungsquoten beobachtet. Die Gesamtschadenquoten und Abwicklungsergebnisse entwickelten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	<i>Netto-Gesamtschadenquoten in %</i>	<i>Netto-Abwicklungsergebnis in % der Eingangsschadenrückstellung</i>
2013	83,7	12,1
2012	77,1	9,1
2011	89,1	5,5
2010	88,6	7,3
2009	89,7	8,5
2008	79,8	11,2
2007	88,1	7,0
2006	78,4	11,5
2005	93,9	4,7
2004	93,4	1,5

RISIKEN AUS DEM AUSFALL VON FORDERUNGEN AUS DEM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 bestanden Forderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 106,4 Tsd. EUR. Im Verhältnis zu den gebuchten Brutto-Beiträgen beträgt die Außenstandsquote 0,6 % und liegt damit deutlich unter der Quote, die in der Vergangenheit in der Gesamtbranche beobachtet wurde. Begrenzt wird das Risiko durch eine regelmäßige Überwachung der Außenstände und einem systematischem Mahnverfahren.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern lag im Zeitraum von 2011 bis 2013 nahezu bei 0 %. Bei den restlichen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen an die BGV-Versicherung AG aus dem Rückversicherungsgeschäft, die in der Zwischenzeit bereits ausgeglichen sind.

RISIKEN AUS KAPITALANLAGEN

Die Kapitalanlagen sind mehreren Risiken ausgesetzt, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die entsprechenden Maßnahmen zur Risikoreduktion bestehen in der Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik, der Konzentration auf bonitätsstarke Emittenten sowie einer angemessenen Mischung und Streuung der Assets gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MARKTPREISRISIKO

Unter dem Marktpreisrisiko wird das Risiko einer negativen Wertveränderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren wie beispielsweise Zinsen, Immobilienpreise, Aktien- und Währungskurse verstanden. Das Marktpreisrisiko setzt sich daher aus den Risikoarten Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Fremdwährungs-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko zusammen.

Währungsrisiken sind für uns aufgrund des geringen Anteils der Fremdwährungsanlagen am Gesamtbestand der Kapitalanlagen von untergeordneter Bedeutung.

Immobilien- und Beteiligungsrisiken bestehen keine.

Auswirkungen auf den Marktwert unserer Kapitalanlagen werden mit Hilfe regelmäßiger Szenarioanalysen und anhand unseres Limitsystems überprüft. Ein Zinsanstieg kann neben Kursverlusten auch zu Abschreibungen auf den Wertpapierbestand führen. Dieses Risiko ist bei uns begrenzt, da der größte Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen besteht und die Bilanzierung demzufolge zum Nennwert beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Ferner wird durch die generelle Buy-and-hold-Strategie eine Realisierung von Kursverlusten vermieden.

Strukturierte Zinsprodukte, Asset Backed Securities und Credit Linked Notes werden unserem Portfolio nicht beigemischt. Derivative Finanzinstrumente setzen wir ausschließlich zu Absicherungszwecken in Fonds ein.

Zur Beurteilung und Überwachung der Marktrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderung unseres Portefeuilles in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Der Marktwert unserer Kapitalanlagen würde sich gegenüber dem Jahresende 2013 um die nachstehend angegebenen Werte verändern, wenn sich die Preise für Aktien und die Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere im angeführten Maß nach oben oder unten bewegten.

AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 10 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES ANSTIEG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-389.288	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-1.007.893
AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 35 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES RÜCKGANG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-1.362.508	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	+887.847

AUSFALLRISIKO AUS KAPITALANLAGEN

Dieses Risiko, das auch als Kreditrisiko bezeichnet wird, bedeutet bei schlechter Bonität eines Engagements oder Schuldners (Emittenten) die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls von Zins und Tilgung.

Die Staatsschuldenkrise und deren mögliche Konsequenzen für das europäische Finanzsystem bestimmen weiterhin die öffentliche Diskussion in der Versicherungsbranche. Trotz staatlicher Unterstützung konnte die Staatsschuldenkrise in 2013 nicht beendet werden und droht, sich in 2014 fortzusetzen. Aufgrund unserer konservativen Kapitalanlagepolitik sind keine wesentlichen unmittelbaren Folgen für die Badische Rechtsschutzversicherung AG zu erwarten. Dennoch birgt die Staatsschuldenkrise schwer abschätzbare mittelbare Risiken für den Euro-Raum, sowohl bezüglich des Euros als auch bezüglich der Bonität der Schuldner und wird deshalb im Rahmen des Risikomanagementprozesses aufmerksam beobachtet. Eine indirekte Folge der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise stellt das niedrige Zinsniveau dar. Dies führt zu einer mittelbaren Auswirkung der Schuldenkrise auf uns in Form von niedrigeren Wiederanlagezinssätzen. Durch dieses künstlich niedrige Zinsniveau wird sich das Kapitalanlageergebnis im Vergleich zu früheren Jahren reduzieren.

Ein wesentlicher Teil der festverzinslichen Wertpapiere in unserem Bestand sind Emissionen, die von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland oder von Banken in Form von (öffentlichen) Pfandbriefen mit gutem Rating ausgegeben wurden. Diese Emissionen lauten ausschließlich auf EUR.

Anlagen bei Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen sowie Tages- und Festgeldanlagen werden nur bei geeigneten Kreditinstituten im Rahmen der Bankenrechtskoordinierungsrichtlinie 2000/12/EG vorgenommen. Zusätzlich muss das Kreditinstitut an einem Einlagensicherungssystem mitwirken. Renten-Investitionen ohne Rating erfolgen im

Rahmen speziell ausgesuchter Adressen mit guter Bonitätseinschätzung, die durch die Zugehörigkeit zum Einlagesicherungsfonds ein stark begrenztes Ausfallrisiko aufweisen und für die wir als internes Rating einen Wert zwischen A+ und BBB- festgelegt haben. Alle Emissionen werden somit mit den jeweils gültigen Ratings großer internationaler Ratingagenturen bzw. einem Äquivalent verknüpft.

Damit ergibt sich folgende prozentuale Aufteilung der Anlagen auf Marktwertbasis:

Investment Grade (Ratingkategorien AAA – BBB-)	97,3 %
Non-Investment Grade (Ratingkategorien BB – B)	0,5 %
ohne Rating (non rated)	2,2 %

LIQUIDITÄTSRISIKO

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht erfüllen zu können.

Diesem Risiko begegnen wir mittels einer Liquiditätsplanung. Für das jeweilige Geschäftsjahr wird dabei eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, die regelmäßig an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst wird. Darüber hinaus berücksichtigt die Vermögensverwaltung generell die Marktgängigkeit einzelner Anlagen.

OPERATIONELLE RISIKEN

Die operationellen Risiken bestehen aus

- den betrieblichen Risiken, d. h. Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen können, und
- rechtlichen Risiken, d. h. Risiken, die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Durch ein ausgeprägtes Internes Kontrollsystem, das die Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen, organisatorische Trennung von Funktionen sowie umfangreiche Kontrollen beinhaltet, wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operationellen Tätigkeit unserer Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die ständige Verbesserung dieser Sicherheitsmaßnahmen ist unser Ziel. Die Funktionen des IT-Sicherheitsbeauftragten, Compliancebeauftragten, Datenschutzbeauftragten, Brandschutzbeauftragten und Notfallbeauftragten stellen durch die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ein wirksames Internes Kontrollsystem in diesen Bereichen sicher.

Neben der Verfeinerung der technischen Kontrollen im Schadenzahlungsbereich werden vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Versicherungsunternehmen kontinuierlich Anstrengungen unternommen, die Datensicherheit und Vertraulichkeit elektronisch gespeicherter und übertragener Informationen über deren gesamten Lebenszyklus weiter zu verbessern. Mit Hilfe der laufenden Projekte zur IT-Notfallplanung und zur Weiterentwicklung der IT-Prozesse wird das IT-Sicherheitsmanagement weiter ausgebaut und den Entwicklungen angepasst.

Rechtliche Risiken und Risiken aus Geschäftsprozessen existieren prinzipiell auch bei uns, besonders existenzgefährdende Sachverhalte haben sich nicht konkretisiert.

Von der Internen Revision werden alle Unternehmensbereiche regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten die dafür gültigen gesetzlichen Regelungen und die bestehenden unternehmensinternen Anweisungen einhalten. Neben der laufenden Prüfung des Betriebs- und Schadenbereichs werden die Effektivität und Effizienz des Risikomanagementsystems regelmäßig überprüft. Ferner wurde der Kapitalanlagebereich einer eingehenden Prüfung entsprechend der aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterzogen.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Geschäftsjahr 2013 keine Entwicklungen erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen könnten.

Die Solvabilität entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist in Höhe von 324,6 % mit Eigenmitteln bedeckt. Dabei wurden die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen nicht berücksichtigt. Dies belegt die insgesamt gute Risikosituation unserer Gesellschaft.

BESONDERE EREIGNISSE

Bis zur Erstellung des Lageberichts gab es keine besonderen Ereignisse und bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand unserer Gesellschaft gefährden.

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 312 AKTG

Der gemäß § 312 AktG zu erstattende Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen ist fristgerecht vorgelegt worden; er schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse von verbundenen Unternehmen lagen nicht vor.“

AUSBLICK UND CHANCEN

Die Aussichten bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes und deren Auswirkungen auf die Rechtsschutzversicherung bewerten wir vorsichtig optimistisch. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum in 2014 gehen von einem deutlichen Anstieg aus, dabei wird auch von einer positiven Inlandsnachfrage ausgegangen. Die Auswirkungen dieses Wachstums auf den Rechtsschutzmarkt sind jedoch zurückhaltend zu beurteilen. Daher wird sich auch im Jahr 2014 der Wettbewerb um die Versicherungsnehmer fortsetzen. Verbraucherfreundlichere Bedingungen, Leistungsinhalte, Assistance-Leistungen und die Prämie werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. Die Einführung des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes hat bereits im Geschäftsjahr 2013 zu einer Erhöhung der Anwalts- und Gerichtskosten geführt. Im Geschäftsjahr 2014 wird dies zu Mehrkosten für die Rechtsschutzversicherung von rund 13 % führen und die Ergebnisse erheblich belasten. Wir erwarten, dass sich der nicht rechtsschutzversicherte Verbraucher seines Kostenrisikos bei einem Rechtsstreit bewusster wird und es so zu einer Belebung der Nachfrage kommen kann. Die Marktdurchdringung (Anzahl der versicherten Haushalte) der Rechtsschutzversicherung könnte sich dadurch wieder etwas verbessern, zumal der Arbeitsrechtsschutz nicht an Attraktivität verliert.

Auch im Jahr 2014 konzentrieren wir uns auf das Angebot bedarfsgerechter Versicherungsprodukte und einem guten Preis-Leistungsverhältnis, mit welchem wir uns besondere Chancen am Markt ausrechnen. Im Privatgeschäft fokussiert sich dies nicht nur auf die Deckung eines Grundbedarfs durch unser Basisprodukt „proSB“, sondern auch auf das Angebot für den gehobenen Kundenbedarf „proComfort“. Mit unserem Produkt „proSenioren“ tragen wir dem Umstand Rechnung, dass sich für unsere Versicherungsnehmer aufgrund des Austritts aus dem Arbeits- und Berufsleben eine veränderte Lebenssituation ergibt.

Im Firmen- und Gewerbegebiet konzentrieren wir uns auf kleine und mittelständische Betriebe wie z.B. das Handwerk, insbesondere in der badischen Region.

Ein guter Schadenverlauf des Versicherungsvertrags wird bei unseren Produkten durch die Rückstufung des Selbstbehalts belohnt. Dies kann bereits nach drei Jahren ohne Schadenzahlung zum Wegfall des Selbstbehalts führen. Die große Nachfrage unserer Kunden nach diesem einfachen und leicht nachvollziehbaren Modell bestätigt diese Selbstbehaltvariante.

Zur Festigung und zum Ausbau unserer guten Marktposition achten wir weiter auf die Verbesserung und Automatisierung unserer Geschäftsprozesse sowohl in der Vertragsverwaltung als auch in der Schadenbearbeitung. Die Anwälte unserer Kunden können im Schadenfall mit uns über das Anwaltsportal „Drebis“ korrespondieren. Die Abwicklung ist schnell, einfach und unkompliziert und eignet sich sehr für die Standardfälle in der Rechtsschutzversicherung. Die Korrespondenz mit Anwälten über dieses Portal wird zukünftig immer mehr Raum einnehmen. Insgesamt bieten wir unseren Kunden durch eine effektive und kundenfreundliche Abwicklung der Schadenfälle eine optimale Betreuung und schnelle Hilfe im Schadenfall. Damit werden wir auch in 2014 unsere Marktposition ausbauen und unseren Bekanntheitsgrad weiter erhöhen.

Als wichtiges Instrument zur Kundenbindung und zur Steigerung unserer Servicequalität setzen wir weiterhin auf zusätzliche Assistance-Leistungen wie beispielsweise die telefonische Rechtsberatung, bei der selbstständige und kompetente Rechtsanwälte eine fundierte Beratung und guten Rat erteilen. Auch eine Dokumentenprüfung ist dort jederzeit möglich. Unseren „proComfort“-Kunden bieten wir zusätzlich online die Möglichkeit einer schnellen schriftlichen Rechtsberatung durch Rechtsanwälte und damit eine konkrete Hilfe bei ihren rechtlichen Problemen. Neben dem klassischen forensischen Weg zur Durchsetzung ihrer Rechte bieten wir unseren Kunden auch die Möglichkeit der professionellen Konfliktlösungsunterstützung durch einen Mediator, der in geeigneten Fällen telefonisch zwischen den Konfliktparteien vermittelt, ein Weg Streitigkeiten zu einem guten und nachhaltigen Ende zu bringen. Im Firmengeschäft setzen wir auf zusätzliche Serviceleistungen wie das Forderungsmanagement und Bonitätsauskünfte.

Wir nutzen unsere Marktchancen in unserem Kernmarkt Baden, aber auch durch Kooperationen und über den Direktkanal in anderen Märkten. Produkt- und Serviceinnovationen sowie ein umfassender Vertriebswege-Mix sollen beim Erreichen der Wachstums- und Ertragsziele sowie der Erschließung neuer Kundenpotenziale helfen. Wir streben ein moderat steigendes Wachstum an. Dies bedeutet für uns eine hohe Veränderungs- und Investitionsbereitschaft, das Beschreiten neuer Wege, die Entwicklung neuer Produkte, die Bearbeitung neuer Markt- und Kundensegmente sowie die Betreuung und Pflege neuer Partnerschaften. Neben den Chancen aus solchen Innovationen können diese auch Risiken bergen, die es frühzeitig zu identifizieren, zu messen und zu steuern gilt.

Ein Neue-Produkte-Prozess stellt die notwendige Transparenz und systematische Vorgehensweise bei derartigen Veränderungsprozessen sicher. Aus Sicht des Risikomanagements wird dabei besonderer Fokus auf die Herstellung der Transparenz von Chancen und Risiken gelegt, das heißt auf die Bestimmung des möglichen Ertrags- und Risikogehalts aus der Neuerung. Die Auswirkungen werden mittels einer Chancen-/ Risikoanalyse vorab überprüft und bewertet. Die Chancen-/ Risikoanalyse umfasst die tangierten Schnittstellen und alle Bereiche im Unternehmen, auf die das neue Produkt / Geschäftsfeld potenziell Einfluss hat. Alle erkannten Risiken werden in das Risikoinventar übernommen und entsprechend den vorgesehenen Regeln beschrieben und beurteilt.

Wir verfolgen eine konservative und zurückhaltende Kapitalmarktstrategie und gehen für das Geschäftsjahr 2014 von einem positiven Kapitalanlageergebnis aus, auch wenn sich die Durchschnittsverzinsung weiterhin nicht verbessern wird.

Für das Geschäftsjahr 2014 erwarten wir einen leicht steigenden Bestandsbeitrag und ein positives Geschäftsergebnis.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ende des Geschäftsjahres 2013 nicht eingetreten.

DANK AN MITARBEITER UND GESCHÄFTSPARTNER

Unseren Geschäftspartnern und Kunden danken wir herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir sehr für ihr Engagement und die Loyalität zu unserer Gesellschaft. Sie haben erneut mit großem und überdurchschnittlichen Einsatz und guten Fachkenntnissen hervorragende Arbeit geleistet.

JAHRESÜBERSCHUSS UND GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

	<i>EUR</i>
<i>Jahresüberschuss</i>	619.600
<i>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</i>	474.145
<i>Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	300.000
<i>Bilanzgewinn</i>	793.745
<hr/>	
<i>Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung folgende Gewinnverwendung vor:</i>	
<i>Zusätzliche Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	300.000
<hr/>	
<i>Gewinnvortrag</i>	493.745



JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

/ Aktiva

	2013			2012
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. KAPITALANLAGEN				
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>				
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>		14.788.409,18		9.148.028
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>		5.050.850,00		6.562.300
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>				
a) <i>Namenschuldverschreibungen</i>	550.000,00			3.075.000
b) <i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	<u>4.250.000,00</u>	4.800.000,00		6.750.000
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>		<u>15.000.000,00</u>		13.240.000
			39.639.259,18	38.775.328
B. FORDERUNGEN				
I. <i>Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</i>				
1. <i>Versicherungsnehmer</i>	106.424,24			160.022
2. <i>Versicherungsvermittler</i>	<u>896,39</u>			1.124
		107.320,63		161.146
II. <i>Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>		317.315,19		195.640
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen:</i>				
<i>317.315,19 EUR (i. V. 195.640 EUR)</i>				
III. <i>Sonstige Forderungen</i>		463.834,36		618.278
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen:</i>				
<i>112.848,23 EUR (i. V. 3.861 EUR)</i>				
			888.470,18	975.064
C. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
I. <i>Sachanlagen und Vorräte</i>		2.192,00		2.900
II. <i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</i>		<u>2.590.482,60</u>		1.262.433
			2.592.674,60	1.265.333
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
<i>Abgegrenzte Zinsen und Mieten</i>			383.573,90	486.120
E. AKTIVE LATENTE STEUERN			<u>1.144.267,86</u>	<u>934.151</u>
		SUMME DER AKTIVA	<u>44.648.245,72</u>	<u>42.435.996</u>

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

/ Passiva

	EUR	2013 EUR	EUR	2012 EUR
A. EIGENKAPITAL				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital		3.500.000,00		3.500.000
II. Kapitalrücklage		430.492,34		430.492
davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: 225.975,59 EUR (i. V. 225.976 EUR)				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	145.483,25			145.483
2. andere Gewinnrücklagen	5.052.909,24	5.198.392,49		4.452.910
IV. Bilanzgewinn		793.745,00		874.145
			9.922.629,83	9.403.030
B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	4.023.655,00			3.943.587
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	936.634,00			909.490
		3.087.021,00		3.034.097
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	34.714.164,00			33.632.265
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	9.603.592,00			9.244.920
		25.110.572,00		24.387.345
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		4.162.950,00		3.500.267
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		10.500,00		11.500
			32.371.043,00	30.933.209
C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.285.504,00		1.067.948
II. Steuerrückstellungen		71.898,00		50.000
III. Sonstige Rückstellungen		56.600,00		62.200
			1.414.002,00	1.180.148
D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	748.975,84			682.967
2. Versicherungsvermittlern	0,00			0
		748.975,84		682.967
II. Sonstige Verbindlichkeiten		191.595,05		236.642
davon:				
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen: 3.998,16 EUR (i. V. 57.813 EUR)				
aus Steuern: 169.437,19 EUR (i. V. 164.813 EUR)				
			940.570,89	919.609
			44.648.245,72	42.435.996
		SUMME DER PASSIVA		

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2013 BIS 31. DEZEMBER 2013

/ Posten

	2013		2012
	EUR	EUR	EUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	18.042.475,58		17.875.087
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>5.411.686,68</u>		5.361.542
		12.630.788,90	12.513.545
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-80.068,00		-170.636
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>27.144,00</u>		39.163
		<u>-52.924,00</u>	-131.473
		12.577.864,90	12.382.072
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		15.516,15	13.887
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	13.285.419,57		12.290.221
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>3.476.710,56</u>		3.198.862
		9.808.709,01	9.091.359
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1.081.899,00		696.604
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>358.672,00</u>		237.719
		<u>723.227,00</u>	458.885
		10.531.936,01	9.550.244
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		1.000,00	-300
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		2.760.183,67	2.660.588
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>1.352.921,67</u>	1.340.385
		1.407.262,00	1.320.203
6. Zwischensumme		655.183,04	1.525.212
7. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen		<u>-662.683,00</u>	-1.464.106
8. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		-7.499,96	61.106

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2013 BIS 31. DEZEMBER 2013

/ Posten

	2013			2012
	EUR	EUR	EUR	EUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.238.184,97			1.233.520
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>6.750,00</u>			3.325
		1.244.934,97		1.236.845
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	75.180,55			69.512
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>3.800,00</u>			0
		<u>78.980,55</u>		69.512
			1.165.954,42	1.167.333
3. Sonstige Erträge		205.131,06		187.670
4. Sonstige Aufwendungen		<u>503.884,12</u>		455.836
			<u>-298.753,06</u>	-268.166
5. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			<u>867.201,36</u>	899.167
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			859.701,40	960.273
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		238.437,68		317.829
8. Sonstige Steuern		<u>1.663,72</u>		1.044
			<u>240.101,40</u>	318.873
9. Jahresüberschuss			619.600,00	641.400
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>474.145,00</u>	532.745
			1.093.745,00	1.174.145
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			<u>300.000,00</u>	<u>300.000</u>
12. Bilanzgewinn			<u>793.745,00</u>	<u>874.145</u>

/ Aufsichtsrat

Jürgen Bäuerle

Landrat des Landkreises Rastatt

Vorsitzender

(ab 16. Mai 2013)

Heinz Fenrich

Oberbürgermeister a. D. der Stadt Karlsruhe

Vorsitzender

(bis 16. Mai 2013)

Ira Sattler

Bürgermeisterin der Gemeinde Jestetten

Stellvertretende Vorsitzende

(ab 16. Mai 2013)

Wolfgang Gerstner

Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden

Michael Kessler

Bürgermeister der Gemeinde Heddesheim

Heinz Ohnmacht

Geschäftsleitender Direktor des Badischen

Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe

Ernst Schilling

Bürgermeister der Stadt Herbolzheim

(ab 16. Mai 2013)

/ Vorstand

Roland Fahrner

Direktor

Thomas Kollöffel

Direktor

/ Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,

Bereich Versicherungen, Bonn



BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Positionen werden nicht aufgeführt.

AKTIVA

Die Bewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile am Investmentfonds erfolgte zu Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den Anschaffungswert vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen zugeordnet und wurden zu Anschaffungskosten gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Abschreibungen bei Inhaberschuldverschreibungen im Anlagevermögen wurden nicht vorgenommen, da nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen beträgt 5.062 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 5.051 Tsd. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 75 Tsd. EUR sowie stille Lasten in Höhe von 64 Tsd. EUR.

Namenschuldverschreibungen und Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert angesetzt. **Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgt je Papier unter Zugrundelegung von Zinsstrukturkurven (DGZF öffentliche Pfandbriefe), des Euribors für Kurzläufer und der Midswapsätze für Langläufer über 10 Jahre. Das Emittentenrisiko wird nicht berücksichtigt, da im Bestand ausschließlich Papiere von Kreditinstituten gehalten werden, die Mitglied einer deutschen Einlagensicherung bzw. Institutssicherung sind. Die **Forderungen an Versicherungsnehmer** sind zum Nennwert bilanziert worden; wegen des allgemeinen Ausfallrisikos wurden Wertberichtigungen in angemessener Höhe abgesetzt.

Andere Forderungen und laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden jeweils mit dem Nennwert bzw. mit dem Barwert bilanziert. Die Gegenstände der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Der Posten **Aktive latente Steuern** gem. § 274 Abs. 1 HGB resultiert aus zeitlich begrenzten Unterschiedsbeträgen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Auf die Unterschiedsbeträge wurden Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer gerechnet.

PASSIVA

Die **Beitragsüberträge** wurden im Geschäftsjahr nach der 1/12-Methode auf der Grundlage der Bestandsbeiträge ermittelt. Hierbei wurden die nicht übertragsfähigen Beitragsteile berücksichtigt. Die Anteile des Rückversicherers an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend der Abrechnung mit dem Rückversicherer angesetzt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde je Einzelschaden ermittelt. Außerdem wurde für noch nicht bekannte Ereignisse eine Spätschadenrückstellung unter Anwendung des Chain-Ladder-Verfahrens gebildet. Die Schadenregulierungskosten wurden unter Berücksichtigung des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 errechnet. Regressforderungen wurden - soweit sie aktivierungsfähig sind - von der Rückstellung abgesetzt. Die Anteile des Rückversicherers an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden entsprechend des bestehenden Rückversicherungsvertrags angesetzt.

Die **Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen** wurden entsprechend § 29 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV ermittelt.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen, die auf der Grundlage eines entsprechenden mathematischen Modells auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet wurde.

Die **nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** wurden in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Aus den durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für langfristige Rückstellungen resultiert zum einen eine Überdeckung von 1 Tsd. EUR aus der Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen auf Grund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB zum 31. Dezember 2013. Zum anderen ergibt sich aus den Steuerrückstellungen im Zusammenhang mit Betriebsprüfungsrisiken eine Überdeckung von 2 Tsd. EUR.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wurden basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG hat auf Basis realistischer Annahmen zu erfolgen. Künftige Gehaltserhöhungen und künftige Rentenanpassungen sowie Annahmen über Kündigungsraten sind in die Berechnungen gemäß BilMoG einzubeziehen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Abzinsung erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Folgende Parameter wurden angesetzt:

Pensionsalter	63 Jahre
Gehaltsdynamik	2,20 % p.a.
Rentendynamik	2,00 % p.a.
Zinssatz ¹⁾	4,89 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2013

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

ENTWICKLUNG DES AKTIVPOSTENS A IM GESCHÄFTSJAHR 2013

	<i>Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR</i>
A. KAPITALANLAGEN	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	9.148
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	6.562
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
a) <i>Namenschuldverschreibungen</i>	3.075
b) <i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	6.750
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	13.240
5. Summe A	38.775

Angabe von Zeitwert und Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	<i>Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR</i>
A. KAPITALANLAGEN	
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>	
1. <i>Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	16.424
2. <i>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	5.062
3. <i>Sonstige Ausleihungen</i>	
a) <i>Namenschuldverschreibungen</i>	591
b) <i>Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	4.525
4. <i>Einlagen bei Kreditinstituten</i>	15.921
5. Summe A	42.523

<i>Zugänge</i>	<i>Umbuchungen</i>	<i>Abgänge</i>	<i>Zuschreibungen</i>	<i>Abschreibungen</i>	<i>Bilanzwerte Geschäftsjahr</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>
5.640	-	-	-	-	14.788
986	-	2.497	-	-	5.051
-	-	2.525	-	-	550
2.000	-	4.500	-	-	4.250
1.760	-	-	-	-	15.000
10.386	-	9.522	-	-	39.639

<i>Stille Reserven Geschäftsjahr</i>	<i>Stille Lasten Geschäftsjahr</i>	<i>Zeitwerte Vorjahr</i>	<i>Stille Reserven Vorjahr</i>	<i>Stille Lasten Vorjahr</i>
<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>	<i>Tsd. EUR</i>
1.644	8	10.280	1.132	-
75	64	6.676	136	22
41	-	3.179	104	-
275	-	7.215	465	-
921	-	14.318	1.078	-
2.956	72	41.668	2.915	22

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ

/ Aktiva

ANGABE ZU DEN INVESTMENTANTEILEN ISD. § 285 NR. 26 HGB

<i>Art des Fonds</i>	<i>Gemischter Fonds 2013 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds 2012 EUR</i>
<i>Buchwert 31.12.</i>	12.789.329	9.148.028
<i>Marktwert 31.12.</i>	14.429.819	10.279.588
<i>Bewertungsreserve 31.12.</i>	1.640.490	1.131.560
<i>Ausschüttung GJ</i>	192.811	200.897
<i>Tägliche Rückgabe möglich</i>	Ja	Ja
<i>Unterlassene Abschreibung</i>	Nein	Nein

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	<i>2013 EUR</i>	<i>2012 EUR</i>
I. SACHANLAGEN UND VORRÄTE		
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>		
<i>Anfangsbestand</i>	2.900	3.288
<i>+ Zugänge/Umbuchungen</i>	-	320
<i>- Abgänge/Umbuchungen</i>	-	-
<i>- Abschreibungen</i>	708	708
<i>Endbestand</i>	<u>2.192</u>	<u>2.900</u>
II. LAUFENDE GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS UND KASSENBESTAND		
<i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<u>2.590.483</u>	<u>1.262.433</u>

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern beruhen auf Abweichungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz bei den Positionen Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie andere Rückstellungen.

Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 30,2 %.

Der aktivierte Betrag in Höhe von 1.144.267,86 EUR unterliegt einer Ausschüttungssperre im Rahmen der Gewinnausschüttung an den Gesellschafter.

/ Passiva

EIGENKAPITAL

I. Eingefordertes Kapital

Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2013 beträgt das Gezeichnete Kapital 3.500.000 EUR und ist in 400 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, als Alleinaktionär, hat gemäß § 20 AktG am 16. Dezember 1996 mitgeteilt, dass er 100 % der Aktien besitzt.

II. Kapitalrücklage

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; er beträgt zum 31. Dezember 2013 430.492,34 EUR.

Von dem Bilanzbetrag entfallen 225.975,59 EUR auf die Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG (Organisationsfonds).

III. Gewinnrücklagen

1. Gesetzliche Rücklage

Die gesetzliche Rücklage wird im Geschäftsjahr unverändert in Höhe von 145.483,25 EUR ausgewiesen.

2. Andere Gewinnrücklagen

Durch den Beschluss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2013 wurden aus dem Bilanzgewinn 2012 zusätzlich 300.000 EUR in die andere Gewinnrücklagen eingestellt. Weiterhin wurden im Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss 300.000 EUR in andere Gewinnrücklagen eingestellt, die somit insgesamt 5.052.909,24 EUR betragen.

IV. Bilanzgewinn

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 474.145 EUR sowie der Einstellung in Gewinnrücklagen in Höhe von 300.000 EUR beträgt der Bilanzgewinn 793.745 EUR.

VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTTORÜCKSTELLUNGEN SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2013 EUR	2012 EUR
INSGESAMT	42.911.269	41.087.619
davon		
II. BRUTTORÜCKSTELLUNGEN FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE	34.714.164	33.632.265
III. SCHWANKUNGSRÜCKSTELLUNG UND ÄHNLICHE RÜCKSTELLUNGEN	4.162.950	3.500.267

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

	2013 EUR	2012 EUR
III. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN		
Prüfungs- und Steuerberatungskosten	29.500	29.000
Verwaltungskosten	23.700	30.100
Sonstige	<u>3.400</u>	<u>3.100</u>
	<u>56.600</u>	<u>62.200</u>

ANDERE VERBINDLICHKEITEN

	2013 EUR	2012 EUR
II. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
Steuerverbindlichkeiten	169.437	164.813
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Abrechnungsverkehr	3.998	57.813
Sonstiges	<u>18.160</u>	<u>14.016</u>
	<u>191.595</u>	<u>236.642</u>

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.



ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

/ Für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2013 EUR	2012 EUR
a) gebuchte Bruttobeiträge	18.042.476	17.875.087
b) verdiente Bruttobeiträge	17.962.408	17.704.451
c) verdiente Nettobeiträge	12.577.865	12.382.072
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	14.367.319	12.986.825
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2.760.184	2.660.588
f) Rückversicherungssaldo	-196.238	-545.413
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.	-7.500	61.106

	2013 Stück	2012 Stück
Anzahl der Verträge	170.576	169.698

Die Abwicklung der Vorjahresschäden, einschließlich der Spätschäden, ergab im Geschäftsjahr einen Abwicklungsgewinn.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:

	2013 EUR	2012 EUR
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	1.578.116	1.549.588
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	1.182.068	1.111.000
	<u>2.760.184</u>	<u>2.660.588</u>

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2013 EUR	2012 EUR
1. Laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	448.555	410.909
2. Latente Steuererträge	-210.117	-93.080
	<u>238.438</u>	<u>317.829</u>

Der Ertragsteueraufwand belastet ausschliesslich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

/ Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2013 waren keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt. Die BGV-Versicherung AG stellt das für den Geschäftsbetrieb notwendige Personal sowie Sachmittel nach Maßgabe eines Vertrages über Zusammenarbeit sowie eines Funktionsausgliederungsvertrages zur Verfügung. Sämtliche Kosten wurden gegen Kostenerstattung nach dem Vollkostenprinzip verrechnet. Geschäfte mit nahestehenden Personen erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband als Alleinaktionär erstellt unter Einbeziehung der Badischen Rechtsschutzversicherung AG einen Konzernabschluss, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 18.126 EUR (i. V. 17.659 EUR).

Von einer Angabe der Vorstandsbezüge gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie des Musters 2 RechVersV (Personalaufwendungen) wurde in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen. Ferner wurde auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 285 Nr. 17 HGB verzichtet.

Karlsruhe, 7. März 2014

Badische Rechtsschutzversicherung AG

Der Vorstand

Fahrner

Kollöffel

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 24. April 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattmer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jörg Brunner
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2013 die Geschäftsführung überwacht und war in alle Angelegenheiten mit grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft unmittelbar eingebunden; sämtliche nach dem Gesetz und den Vorgaben der Satzung zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurden dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt.

In insgesamt drei Sitzungen sowie über die schriftlich erfolgende Quartalsberichterstattung wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig und umfassend über die Lage der Gesellschaft und die wesentlichen Geschäftsvorfälle unterrichtet. Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung wurde ausführlich behandelt. Gleichermaßen intensiv hat sich der Aufsichtsrat unter dem Themenkomplex des Risikomanagements über die aktuelle Risikosituation informiert. Daneben wurde die beabsichtigte Geschäftsstrategie sowie die Unternehmensplanung mit dem Vorstand erörtert.

Auch die derzeitige Kapitalanlagestrategie wurde eingehend besprochen, um den Entwicklungen am Kapitalmarkt und die dadurch zu erwartenden Folgen auf das Kapitalanlageergebnis bewerten zu können.

Des Weiteren nahm der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2013 am Fachseminar „Rechte und Pflichten von Verwaltungs- und Aufsichtsräten im Rahmen der versicherungsbetrieblichen Praxis“ teil. Hiermit wurde die bestehende Sachkunde der Mitglieder des Aufsichtsrates von den grundlegenden wirtschaftlichen und rechtlichen Abläufen in einem Versicherungsunternehmen, einschließlich des Risikomanagements sowie der Funktion und der Verantwortung des Aufsichtsrates als Aufsichtsorgan, vertieft und ausgebaut.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss 2013 und der Lagebericht 2013 sind unter Einbeziehung der Buchführung der Gesellschaft von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und über das Ergebnis seiner Prüfung berichtet. Der Bericht des Abschlussprüfers lag dem Aufsichtsrat vor; er enthielt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Aufsichtsrat hat auch seinerseits den Jahresabschluss, den Lagebericht des Vorstandes und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer tritt der Aufsichtsrat bei.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Dieser ist damit festgestellt.

Der nach § 312 des Aktiengesetzes zu erstellende Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen ist vom Aufsichtsrat und vom Abschlussprüfer geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen den Bericht des Vorstandes nach § 312 des Aktiengesetzes und den Bericht des Abschlussprüfers hierzu, insbesondere aber zu der Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, keine Einwendungen zu erheben.

Karlsruhe, 8. Mai 2014

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Bäuerle
Landrat des Landkreises Rastatt

